Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 37

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ner demokratischen Koalitionsverwaltung, die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, Herabsetzung der Landpachten, Abschaffung des US-Militärberatersystems und die Auflösung ausländischer Militärbasen sowie die Durchführung einer Friedens- und Neutralitätspolitik und die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Zonen. Die Tarnorganisationen versuchen, wie man hier sieht, mit einer gewissen Koexistenzpropaganda das politische Terrain des Südens aufzuweichen.

Ueber das Agentennetz sind an dieser Stelle wenig Worte zu verlieren, da es klar ist, dass deren Aufgabe neben der Untergrundwühlarbeit die Durchführung verschiedenster Sabotageakte ist, die dem Staate sowohl politischen, wirtschaftlichen, als auch militärischen Schaden zufügen sollen.

Diem: «Kein Pakt mit dem Feuer»

Nach diesem kurzen Ueberblick erhebt sich die Frage: was tut die Regierung Südvietnams und was tut der freie Westen, um diese Bastion in Südostasien nicht nur zu halten, sondern auch zu schützen und weiter auszubauen? Die unmittelbar betroffene Regierung Südvietnams hat Massnahmen verschiedener Art ergriffen, um sich gegen den Kommunismus zu wehren, und zwar unter dem Leitsatz des Präsidenten Diem: «Man schliesst keinen Pakt mit dem Feuer, das einen verbrennt; man löscht es und unterdrückt es.» Zur Ausrottung der Dschungelkommunisten werden speziell ausgebildete, reguläre Militäreinheiten eingesetzt. Diese oft ausserordentlich schwierigen Operationen der letzteren haben in jüngster Zeit mehr und mehr Erfolg, wodurch bewirkt wird, dass Angst und Unruhe unter der Bevölkerung dem Vertrauen in den militärischen Schutz mehr und mehr Platz machen. Gegen die Tarnorganisationen und gegen das Agentennetz geht die süvietnamesische Abwehr mit aller Strenge vor, wobei ihr das Gesetzt Nr. 10/59 eine entsprechende Handhabe bietet. Wir haben es aber nicht nur mit Defensivmassnahmen zu tun, sondern auch mit einer positiven Offensive. Es handelt sich hier in erster Linie um den Aufbau eines gesunden Bauernstandes, dem ein nach besonderen Gesichtspunkten aufgezogenes Genossenschaftswesen zur Seite steht. Ausserdem tragen soziale Massnahmen dazu bei, den Wohlstand allmählich zu heben.

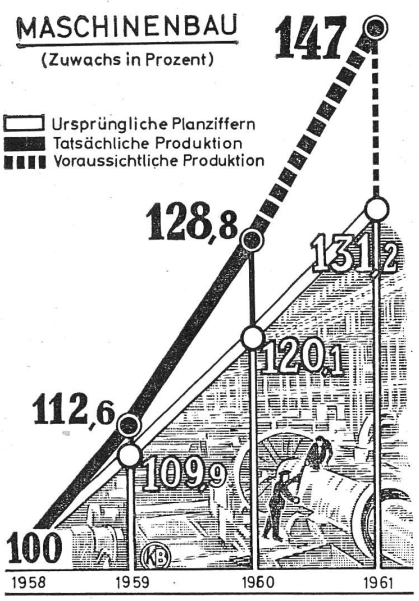
Der freie Westen und insbesondere die USA leisten Südvietnam einerseits bedeutende wirtschaftliche Hilfe und andererseits umfangreiche militärische Unterstützung. Dennoch scheint dies alles nicht auszureichen, um den Gegner wirksam zu bekämpfen oder gar diese einsame Bastion zu einem Bollwerk der Freien Welt auszubauen.

Schwerindustrie

Sowjetunion

Hohes Übersoll

Chruschtschews Ankündigung anlässlich der britischen Ausstellung diesen Sommer in Moskau, dass die sowjetische Schwerindustrie bereits den Stand erreicht habe, wo sie nicht weiter forciert zu werden brauche, so dass das Hauptaugenmerk von nun an der Konsumgüterproduktion



gelten werde, ist in der Zwischenzeit bereits mehrmals widerrufen worden.

Die spektakulärste Wendung erfolgte im Zusammenhang mit der Rückkehr zur Politik der kriegerischen Stärke. Sämtliche Zweige der Rüstungsindustrie haben auf den bevorstehenden Parteikongress vom Oktober hin erhöhte Produktionszahlen als «Friedensgeschenk» in Aussicht gestellt. Stahlerzeugung und Stromgewinnung gehen noch schneller als vorausgesehen neuen Rekorden entgegen, während die Herstellung von Verbrauchsgütern nach wie vor Stiefkind der sowjetischen Wirtschaftspolitik bleibt. (Allerdings wird Chruschtschew vor der Partei nicht versäumen, auf eine verbesserte Lage in der Lebensmittelversorgung hinzuweisen, da sich die Ernte im Unterschied zum Vorjahr gut angelassen hat und voraussichtlich gute Erträgnisse bringen wird.)

Aber schon vor Ausbruch der Berlinkrise liess sich aus Planung, Rechenschaftsberichten, Statistiken und parteioffiziellen Verlautbarungen ersehen, dass die Priorität der Schwerindustrie nie im Ernst in Frage gestellt war. Unsere heutige Darstellung vermittelt einen Eindruck vom Fortschritt eines ausserordentlich wichtigen Zweiges. Der Maschinenbau ist in den ersten drei Jahren de. laufenden Siebenjahresplanes (in der Zeit zwischen dem 21. und dem jetzigen 22. Parteitag also) um rung 50 Prozent intensiviert worden, wobei die besondere Forcierung durch das hohe Uebersoll weiter veranschaulicht wird.

Allein 1959/1960 hat die Maschinenindustrie 4800 neue Maschinen- und Apparatentypen hervorgebracht. Mehr als 120 000 Werkzeugmaschinen und andere Ausrüstungen wurden modernisiert. Dieses Jahr sollen an die 800 neue Maschinentypen in Serienproduktion gegeben werden, wobei das Hauptgewicht auf den Gebieten von Automation, Turbinen- und Generatorenbau sowie chemischen Ausrüstungen liegt.

Diese Zahlen veranschaulichen die Möglichkeiten des technischen Fortschrittes, insbesondere der Grundlagen zum technischen Fortschritt auf breiter Produktionsbasis. Dieser Aspekt existiert neben den durch die zentralistische Wirtschaftspolitik ermöglichten technischen Spitzenleistungen auf ausgewählten Gebieten (Raketenbau) durchaus. Anderseits braucht man nicht zu vergessen, dass die gesamte Maschinenproduktion dem Westen gegenüber immer noch in einem Aufholprozess begriffen ist. Sein Abschluss (d. h. die Ueberholung der höchstindustrialisierten Industrienationen im Westen) wird von den sowjetischen Planern nicht mehr als so unmittelbar bevorstehend angekündigt als auch schon (siehe KB Nr. 36).

Auch die Qualität der sowjetischen Maschinenproduktion lässt zu wünschen übrig (obwohl sie zweifellos steigend ist). Wenn etwa «Trud» (Nr. 169, 1961) bemerkt, dass «manche Arten sowjetischer Maschinen sogar den amerikanischen überlegen» seien, so lässt sich aus dieser Formulierung unschwer bemerken, dass selbst die sowjetische Darstellung das Gegenteil als Regel betrachtet.

Neben dem Wachstum der Schwerindustrie ist auch ihre geographische Entwicklung aufschlussreich. Ihre Ansiedlung im Ural, in Sibirien und in Mittelasien wird seit der Aera Chruschtschew grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Diese immer deutlicher werdende Tendenz der organisatorischen Dezentralisierung hat nicht nur wirtschaftspolitische Aspekte (Vereinigung der Produktionsmittel und Produktionsstätten), sondern auch strategische Bedeutung.

Gegenwärtig gibt es in der UdSSR 37 Filmstudios, welche letztes Jahr 879 Spielfilme, populärwissenschaftliche oder dokumentarische Streifen herausbrachte, ferner mehr als 1300 Wochenschauen. Laut «Turkmenskaja Iskra» ist die inhaltliche Qualität der Filme dagegen ungenügend, und die grossen Themen und Probleme werden durch schematische Schablonen ersetzt. Und die Aufgabe der sowjetischen Filmschaffenden wird folgendermassen definiert: «Sie müssen stets die Helfer der Partei bei ihren grossen Aufgaben sein, Helfer bei der Erziehung des neuen Menschen, des Menschen mit der kommunistischen Moral.»

An der Lumumba-Universität in Moskau (früher Universität für Völkerfreundschaft) ist das zweite Schuljahr eröffnet worden. Neu aufgenommen wurden «aus vielen Tausend Anmeldungen» 700 Studenten. Sie haben vorerst während eines Jahres eine «allgemeinbildende» Fakultät (zur kommunistischen Indoktrinierung) zu besuchen und die russische Sprache zu erlernen.

Aus einem Artikel der Moskauer «Literatura i Schisn» zum neuen Programm der KPdSU in Verbindung mit dem neuen Schuljahr: «Es gibt keine Wissenschaft in unserem Land, welche sich nicht nach dem Kommunismus richtete. Daraus ergibt sich eine Folgerung: der gesamte Lehrkörper muss vom ersten Tag des Schuljahres an die Schüler zum Studium des Parteiprogramms anhalten, das kurz darauf «als geeignete Lektüre selbst für ABC-Schützen» empfohlen wird). — Die Schule war niemals apolitisch und wird es nie sein. Apolitische Unterrichtsfächer gab es nie und wird es nie geben. Auch die abstrakten Wissenschaften — Mathematik, Physik — richten sich nach dem einzigen Ziel. Physik, Chemie oder Botanik können nicht an sich existieren, denn sie dienen einem Zweck und werden im Namen eines Zieles gelehrt.»

Bevölkerung

Jugoslawien

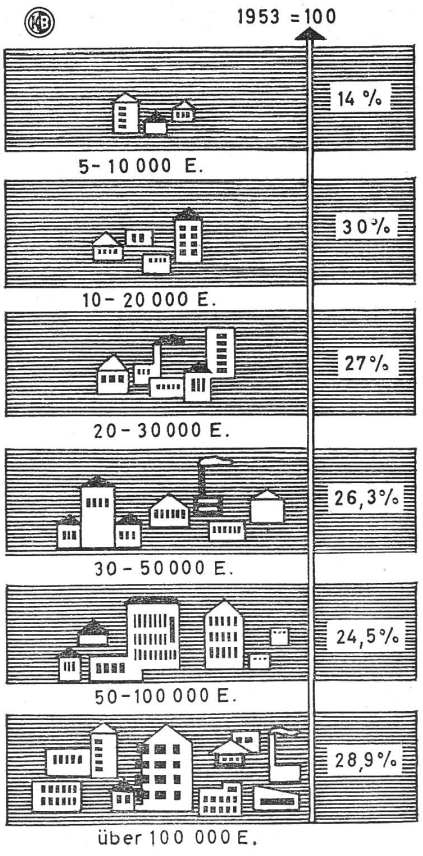
Strukturänderung

Die Ergebnisse der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März dieses Jahres (siehe KB Nr. 21) lassen unter anderem beträchtliche Aenderungen in der demographischen Struktur des «Vielvölkerbundes» seit der letzten Zählung 1953 erkennen. Am auffälligsten ist der Hang zur Verstädterung, vor allem der Landflucht in die wirtschaftlich entwickelteren Stadtgebiete (das Bild der «Verstädterung» wird auch durch die verminderten Angehörigenzahlen der einzelnen Haushaltungen ergänzt).

Soweit entspricht die Entwicklung durchaus derjenigen der meisten Länder mit fortschreitender Industrialisierung. Bemerkenswert aber ist die Tatsache, die aus unserer Darstellung (aus einer statistischen Sonderseite der Belgrader «Borba») deutlich ersichtlich ist, dass die Zunahme in den kleineren städtischen, zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern besonders intensiv ist, während die wenigen grossen Städte mit über 100 000 Einwohnern für das Gesamtbild des städtischen Bevölkerungszuwachses viel weniger ins Gewicht fallen. Dies hat zweifellos mit der Entwicklung jener mittleren Siedlungen zu tun, die als Wirtschaftszentren mehrerer Kommunen eine neue Bedeutung erlangt haben. Auf den Prozentsatz des grossstädtischen Wachstums hat Belgrad (587 899 Einwohner gegenüber 393 531 Einwohner 1953) den grössten Einfluss.

Jugoslawien zählte im März 18 512 805 Einwohner. Von der Zunahme um eineinhalb Millionen Personen innerhalb von acht Jahren entfällt eine Million auf die 244 Ortschaften mit über 5000 Einwohnern, während sich der Rest auf die 27 000 kleinen Siedlungen verteilt.

BEVÖLKERUNGSZUNAHME IN DEN JUGOSLAWISCHEN SIEDLUNGEN



Politisch wird diese wichtige Strukturveränderung von den Belgrader Behörden insofern begrüsst, als sie die Eigenständigkeit und Bodenständigkeit der Bevölkerung herabsetzt, eine wichtige Widerstandsquelle gegen den zentralistischen Dirigismus, die gerade bei den vielschichtigen Nationalitäten Jugoslawiens potentiell von grosser Bedeutung ist (dieser Aspekt wird auf den Zeitpunkt von Titos Abtreten von der politischen Bühne noch seine Rolle spielen).

«Offensichtlich haben heute die abgewerteten Ideen über nahezu ewige Bande zu Boden und Heimatort keine Geltung mehr», schreibt bezeichnenderweise die für den Westen bestimmte «Review».

Jugoslawien war früher das Land mit dem höchsten Geburtenüberschuss in Europa. In dieser Beziehung ist es nun hinter die Sowjetunion, Polen, Albanien, Portugal, Spanien und Griechenland zurückgefallen.

Ueber den Verkauf von Wohnplätzen für Studenten in den Belgrader Studentenheimen (KB Nrn. 32 und 33) wird in der Jugendzeitung «Mladost» weiter diskutiert. Dabei erhellt aus einem Artikel vom 16. August, dass bereits im abgelaufenen Schuljahr ein Präzedenzfall für solchen Wohnraumverkauf geschaffen wurde, und zwar in Ljubliana. Die Aussicht, dass sich die — allerdings jetzt umstrittene — Praxis allgemein etabliert, scheint nur um so grösser.

Religion

Parteigenossen gesperrt

Aktive Parteimitglieder haben als Angehörige der Kirche nichts zu suchen. Zu diesem bemerkesnwerten Beschluss gelangte faktisch die letzte Bischofskonferenz der serbisch-orthodoxen Kirche. Ihre feste Haltung entspricht möglicherweise der Ueberlegung, dass sich Tito bei seiner offiziellen Neutralitätspoliti.. und seinem Werben um zahlreiche Entwicklungsländer mit religiöser Bevölkerung gegenwärtig einen offenen Kampf mit der Kirche kaum leisten kann.

Ueber die verschiedenen, von der Hierarchie gefassten Beschlüsse berichtete die Kirchenzeitung «Glasnik», das Organ der serbisch-orthodoxen Kirche. Der interessante Punkt bezog sich auf die Zugehörigkeit jener Personen, die sich der Kirche entfremdet hätten. Wer zwar getauft sei, aber seinen religiösen Pflichten nicht nachkomme und dem Seelsorger die Türe weise, so heisst es, könne nicht als Mitglied der serbisch-orthodoxen Kirche betrachtet werden. Solche «Personen» (das heisst in erster Linie wohl militante KP-Mitglieder) werden für den Kult gesperrt und können beispielsweise nicht kirchlich bestattet werden. (In dieser Beziehung können Ausnahmen — auf Gesuch der betreffenden Familie hin — mit bischöflicher Bewilligung zugelassen werden.) Damit hat die serbisch orthodoxe Kirche den Kampf gegen «patriotische» Unterwanderung recht unverhüllt aufgenommen.

Die Belgrader Regierung hat dieses Jahr 154 jugoslawischen Mohammedanern eine Pilgerfahrt nach Mekka bewilligt, die weitaus höchste Zahl, seitdem die Wallfahrten im Prinzip nach dem Kriege wieder gestattet wurden. Die Grosszügigkeit ist auf die jugoslawischen Bemühungen um den Orient und insbesondere die arabischen Nationen zurückzuführen.

Absprünge

Ost/West

Zu nutzen ...

In der letzten Zeit, offenbar im Zusammenhang mit der Verschärfung der aggressiven sowjetischen Politik und mit der allgemeinen gespannten weltpolitischen Situation, wählten wieder einige Sowjetrussen die Freiheit.

Das kanadische Radio berichtete über das Asylgesuch eines bekannten sowjetischen Gelehrten Prof. M. A. Klotschko (siehe KB Nr. 34). Er besuchte Kanada als Mitglied einer 13köpfigen sowjetischen Delegation am internationalen Kongress für angewandte Chemie in Ottawa. Prof. Klotschko ist Spezialist und eine Kapazität auf dem Gebiete der physikalischen Chemie. Für seine zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten wurde er 1948 mit dem Stalinpreis ausgezeichnet. Bis zuletzt war Prof. Klotschko Parteimitglied. Er war schon früher im Ausland als Mitglied von Delegationen und Fachgruppen, so in China, in Oesterreich und in Indien, entschloss sich aber erst jetzt mit 60 Jahren zum endgültigen Bruch mit der Sowjetregierung.

An einer Pressekonferenz in Ottawa machte Prof. Klotschko in Beantwortung der Frage über die Gründe seines Entschlusses einige Feststellungen über die Zustände in der sowjetischen Wissenschaft. Er widerlegte die These über die absolute Vorherrschaft der sowjetischen Wissenschaft. Er bestätigte, dass die Sowjetunion auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft führend sei, auf anderen aber, darunter auch seinem Spezialgebiet den Stand der westlichen Wissenschaft nicht erreicht hat.

Interessant sind auch seine persönlichen Erfahrungen mit der sogenannten freien Entfaltung der Wissenschaftler und ihrer Unterstützung durch die Partei in der Sowjetunion. Nachdem er sich kritische Bemerkungen in bezug auf das von der Akademie der Wissenschaften herausgegebene Werk «Geschichte der sowjetischen Wissenschaft» erlaubt hatte, wurde er boykottiert und seine wissenschaftlichen Arbeiten wurden in der letzten Zeit nicht mehr veröffentlicht.

Die sowjetische Botschaft in Kanada unternahm einen Versuch Prof. Klotschko zu diskreditieren und bezeichnete ihn in einer offiziellen Erklärung als eine «wissenschaftliche Null». An der Pressekonferenz konnte Prof. Klotschko den Journalisten Originaldokumente über seinen Lehrauftrag als Professor und über die Verleihung des Stalinpreises vorlegen.

Zu einer ganz anderen Generation gehört der 24 jährige sowjetische Wissenschaftler Nikolaj Sereda, Spezialist auf dem Gebiete der Elektronik, der kürzlich die österreichischen Behörden um Alyl ersuchte. Im Juli dieses Jahres war er mit einem wissenschaftlichen Auftrag auf einer Dienstreise in Wien und weigerte sich

nach der UdSSR zurückzukehren. Sowjetische Vertreter in Wien versuchten Sereda anlässlich einer Zusammenkunft mit ihm zur Rückreise zu überreden, aber erfolglos.

Der letzte Fall, allerdings mit einem tragischen Ausgang ereignete sich vor einigen Tagen, am 28. August in Canne in der Normandie. Es handelt sich um den Selbstmord des 46jährigen sowjetischen Schriftstellers und Journalisten Wsewolod Krawtschenko (siehe KB Nr. 35). Er sprang aus dem Fenstter seines Hotels und verschied auf der Stelle. In einem von der Polizei gefundenen Abschiedsbrief schrieb er unter anderem: «Meine Gedanken werden von meinen Kameraden abgelehnt ... zunächst wollte ich die Freiheit wählen, entschloss mich aber später dem Leben ein Ende zu setzen ...»

Es stimmt, dass ein grosser Teil der Besucher aus der Sowjetunion zu den kommunistisch loyalen Elementen gehört, weil die staatlichen Sicherheitsorgane die entsprechende Auswahl treffen. Es stimmt aber nicht, dass es ausschliesslich parteitreue Sowjetrussen sind, die zu uns kommen.

Unter diesen Leuten gibt es sicher einige überzeugte Gegner des kommunistischen Regimes, es gibt aber unter ihnen noch mehr potentielle Gegner des Regimes, die wieder zurückkehren, weil sie hier keinen Kontakt finden und weil ihnen oft aus Unkenntnis der Verhältnisse der Weg in die Freiheit verschlossen bleibt. Es soll damit nicht gesagt werden, dass man jedem Sowjetrussen, dem man begegnet sofort den Vorschlag machen muss, hier zu bleiben. In vielen Fällen wäre das sogar sehr ungeschickt, aber jedes Gespräch von Mensch zu Mensch, jede an die Besucher aus der Sowjetunion verteilte aufklärende Broschüre, sind von grösster Wichtigkeit.

Man sollte diese Leute etwas besser verstehen und begreifen, dass nicht jeder suchende und zweifelnde, nicht jeder enttäuschte und unschlüssige Mensch sofort zur Polizei gehen kann, um Asyl zu ersuchen. Es gibt ja unter ihnen viele, die aus familiären oder beruflichen Gründen dies gar nicht machen können oder wollen. Sie suchen aber Antworten auf viele Fragen und über vieles, was in ihrem Land verwehrt ist, möchten sie orientiert werden.

Solche Orientierung der Sowjetbürger über die tatsächlichen politischen Begebenheiten, über die wirklichen Absichten des Westens und über unsere Ansichten in künstlerischen Fragen, ist ebenso wichtig, wie die Orientierung der westlichen Oeffentlichkeit über die Methoden, die Taktik und die Absichten der Kommunisten.

Ostblock-Beziehungen

Sowjetunion

Kritik an Mao

Die deutlichste und offenste Kritik, welche die sowjetische Partei dieses Jahr über die chinesischen Volkskommunen äusserte, ist jetzt im offiziellen theoretischen Organ der KPdSU, «Kommunist» (Nr. 12), erschienen. Sie stammt aus der Feder von Pawel Fedorowitsch Judin, früher Botschafter in Peking und einer der angesehensten Theoretiker der UdSSR.

In seinem Artikel über den Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus (als Kommentar zum neuen Programm der KPdSU) verlangt er, dass neben der «subjektiven Zielsetzung» auch die objektiven Gegebenheiten der sozialen Entwicklung» berücksichtigt werden müssten. Nach generellen Ausführungen darüber (aber schon ersichtlich mit Spitze gegen Peking) schreibt er: «Die Kommunen (des stalinschen Versuches in der Sowjetunion) hatten keine genügende wirtschaftliche Grundlage. Sie waren Ergebnis eines unbegründeten Ueberspringens notwendiger Entwicklungsstadien und gingen folgerichtig schon bald nach ihrer Entstehung ein. Es kann nur Schaden bringen, die Dinge zu überhasten und die geschichtlichen Entwicklungsgesetze zu missachten. Die spätere Entwicklung des Sozialismus auf dem Lande hat bewiesen, dass der Uebergang von landwirtschaftlichen Genossenschaften zu landwirtschaftlichen Kommunen im allgemeinen nicht eine notwendige Bedingung zum Aufbau des Kommunismus ist.»

Im weiteren kritisiert Judin den Ausbau der Schwerindustrie ohne Rücksicht auf die Versorgungslage (der Punkt würde eigentlich allgemein die kommunistische Wirtschaftspolitik einschliesslich der Sowjetunion betreffen, doch ist die Tendenz in China am ausgeprägtesten).

Was die Deutung des KPdSU-Programms selbst angeht, so beschränkt sie Judin auf eine kritiklose Eulogie, die der Feder jedes kleinen Propagandisten entflossen sein könnte.

Partei

Ostblock

Um die griechische KP

Die geächtete griechische Kommunistische Partei hat einen neuen Führer. Radio Sofia meldete diese Woche, dass die Partei, die sich im Exil befindet, auf ihrem achten regulären Kongress Kostos Koliiannis zu ihrem Ersten Sekretär wählte. In der Sendung wurde der ehemalige Leiter der Partei, der Vorsitzende Apostolos Grozos nicht erwähnt.

Radio Sofia berichtete, dass der Kongresss «während des Monats August 1961» abgehalten wurde, gab aber keine weiteren Einzelheiten.

Keine andere kommunistische Rundfunkstation hat bis jetzt von dem Kongress berichtet, und eine Anzahl anderer Ereignisse, die kürzlich stattfanden, weisen darauf hin, dass der Hauptsitz der exilierten Partei vielleicht nach Bulgarien verlegt worden ist.

In den vergangenen Monaten ist in den griechisch-bulgarischen Beziehungen eine starke Verschlechterung eingetreten, und es liegen viele Berichte vor, dass viele Mitglieder der griechischen KP von Polen nach Südbulgarien versetzt wurden.

Die regierungsfreundliche Athener Zeitung *Ethnikos Kiryx* behauptete vor einigen Wochen, dass der griechischen KP ein dreistöckiges Gebäude in Sofia zur Verfügung gestellt worden ist.

Die bulgarische Propaganda gegen Griechenland hat nun grösste Ausmasse angenommen, und es gibt unbestätigte Gerüchte über Mobilmachungserlasse und über Manöver entlang der griechischen Grenze.

Von Koliiannis weiss man nichts, ausgenommen dass er ein verhältnismässig junger Mann ist. Grozos — ein Kommunist, der einen mittleren Weg eingeschlagen hat, und der seine Partei von den opponierenden Gruppen des rechten und linken Flügels gesäubert hat — ist jetzt zwischen 70 und 72 Jahre alt.

Man glaubt, dass sich mindestens 7000 Mitglieder der griechischen KP in Polen aufhalten, während das Parteihauptquartier in Bukarest sein soll, wo auch der siebente Kongress stattgefunden haben soll.

«Radio Freies Griechenland» — ein «Schwarzsender», der in griechischer Sprache nach Griechenland sendet — liegt auch in der rumänischen Hauptstadt. Koliiannis sprach öfter über diese Rundfunkstation, und im Jahre 1954 konnte man ihn oft in einer Sendefolge hören, die halbmilitärische Informationen für junge Griechen brachte.

Vor einigen Jahren, als Bulgarien eine führende Rolle spielte, eine kernwaffenfreie «Friedenszone» im Balkan zu verkünden, gab man darauf acht, die verbannten griechischen Kommunisten nicht zu eng mit Sofia in Verbindung zu bringen.

Aktion für Berliner Kinder

Die 350 Berliner Kinder, die auf Grund unserer Aktion Ferien in Schweizer Familien verbringen, treffen am Samstag Mittag in Basel ein. Von dort fahren sie nach einer gemeinsamen Zwischenverpflegung in die verschiedenen Verteilungszentren weiter, wo sie von den Pateneltern in Empfang genommen werden.

Von Berlin aus besteht die Möglichkeit, einen Teil der Kinder für sechs, statt wie ursprünglich vorgesehen, für vier Wochen in der Schweiz zu belassen. Wir sind den Pateneltern besonders dankbar, die vielleicht ihrerseits eine Möglichkeit sehen, den Aufenthalt ihres jungen Gastes zu verlängern.

Dank der zahlreichen Anmeldungen wird bereits eine Woche später, am 30. September eine zweite Gruppe von Kindern in die Schweiz einreisen und vier Wochen bleiben können. Es handelt sich diesmal um 150 Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Der Helferwille unserer Bevölkerung hat diese schöne Aktion ermöglicht, die in Westberlin auch als Ausdruck der Solidarität verstanden wurde und tiefen Eindruck hinterlassen hat. Der Verband freier Schweizer Arbeiter und das Ost-Institut danken den hilfsbereiten Familien im ganzen Lande herzlich.

«Justiz»

SBZ

Der Terror

Seit mehr als einem Monat hat die Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins keine Möglichkeit mehr, dem Justizterror des Ulbricht-Staates durch die Flucht nach Westberlin zu entgehen. Seit dem 13. August hat die Serie der Prozesse gegen Männer und Frauen, daruner auch viele Jugendliche, die ihre Ablehnung der Stacheldrahtpolitik der SED offen zum Ausdruck gebracht haben, keine Unterbrechung erfahren. Selbst an Sonntagen mussten die

Gerichte tätig sein, um die Vielzahl der anstehenden Fälle von «Staatsverleumdungen» zu bewältigen.

Obwohl es niemals eine wirklich alle nach dem 13. August gefällten Urteile umfassende Uebersicht geben wird, kann nach den bisher erfassten Fällen gesagt werden, dass innerhalb des ersten Monats nach den Stacheldrahtmassnahmen der SED-Regierung am 13. August von Kreis- und Bezirksgerichten der Sowjetzone und Ostberlins über 1000 Personen, zumeist in «beschleunigten Verfahren» abgeurteilt worden sind. Bei den vom Informationsbüro West (IWE) registrierten Fällen sind übere 600 Jahre Gefängnis — und über 220 Jahre Zuchthausstrafen verhängt worden. In mehr als der Hälfte der bekanntgewordenen Verfahren hatten sich die Angeklagten wegen ihrer unmissverständlichen Absage an die «Friedenstat» der SED vom 13. August zu verantworten. Zahlreich waren auch noch die Urteile, die wegen «versuchter Republikflucht» ausgesprochen worden sind. Vorübergehend bildeten in den letzten Wochen die Urteile «wegen Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung» den Schwerpunkt der SED-Justiz, als fast in allen Kreisen «Hamsterer» verfolgt wurden.

Seit dem 25. August schieben sich die Verfahren in den Vordergrund, in denen Bürger der Sowjetzonen zur «Arbeitserziehung und Aufenthaltsbeschränkung» verurteilt werden. Dabei ist ein Strafmass nicht anzugeben, weil die «Arbeitserziehung», ebenso wie die Einweisung in die NS-Konzentrationslager, in der Mehrzahl unbefristet erfolgt.

BRIEFE

Berlin und Osthandel

Ich kann es nicht verstehen, dass heute schon in der Tagespresse defaitistische Stimmen laut werden, die das Los von Berlin als verlorene Sache deklarieren und damit bei der Lesermasse den Widerstand geist untergraben. Wenn wir als Neutrale uns dem Westblock nicht direkt anschliessen können, so ist es doch keine gerade Haltung, das eingetretene Geschick der Berliner Bevölkerung als unvermeidlich hinzunehmen. Auch die Heissporne, welche die direkte Aktion der Westmächte befürworteten, sind sich ihrer Verantwortung bei einer solchen Handlungsweise nicht bewusst. Kennedy heute schon zum Chamberlain stempeln zu wollen zeugt von ungenügender Einsicht in alles, was auf dem Spiele steht. Diese Kreise könnten ihren Mut verwenden, dafür einzustehen, dass der Weltfriedensstörer Russland mit einer Handelskontrolle in die Schranken gewiesen wird. Solange man den Störenfried, um des schnöden Gewinnes willen, mit allem beliefert, macht man sich der Ausdehnung der Kriegsgefahr schuldig. Man wird ferner daran mitschuldig, dass sich 16 Millionen Ostdeutsche als Gefangene in einem Konzentrationslager fühlen müssen.

J. M. in Niederuzwil

Den Teufel überlisten

Ich zweifle immer noch an der Richtigkeit ihrer Auffassung vom gelenkten Osthandel, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wir können nicht mit privaten Unternehmen aus dem Ostblock handeln, sondern nur mit staatlichen Export- und Importgesellschaften. Höchstwahrscheinlich werden diese aber alle Markenschildchen und -einprägungen entfernen, so dass der russische Verbraucher gar nicht merkt, dass er westliche Konsumgüter oder Maschinen braucht.

2. Ausstellungen, die uns mehr politische Vorteile als Nachteile bringen, wird es nur noch wenige geben, denn sobald das kommunistische Regime Lunte riecht, wird es solche Ausstellungen verunmöglichen.

Wir können doch wahl kaum jene überlisten, die durch Mord, Lüge und eben List an die Macht gelangt sind. Es ist ein alter Wunschtraum der Menschen, den Teufel zu überlisten; den wenigsten ist das gelungen.

J. S. in Eggenwil

Zu Punkt 1: Immerhin sind Fälle aus dem Ostblock bekannt, da ganze Familien Abend für Abend an Lederwaren die Prägung «Made in England» betrachteten. (Im übrigen wird gerade die Vorstellung des «gelenkten Osthandels» zwischen Konsumgütern und Maschinen einen Unterschied machen: diese erwecken Bedürfnisse, jene stärken den Machtapparat des Regimes. Dies als Faustregel.)

Zu Punkt 2: Wenn das kommunistische Regime sich gezwungen sieht, westliche Ausstellungen zu verbieten, so gibt er sich damit eine Blösse: er schädigt seine internationale Kontaktpropaganda und schadet seinem Prestige. Eine solcherart nicht zustande gekommene Ausstellung ist uns zweifellos nützlicher als eine nie versuchte. Es geht dann weniger darum, den Teufel zu überlisten, als ihn zu entlarven.

Es trifft zu, dass dem gelenkten Osthandel zahlreiche Schwierigkeiten (der häufigste Einwand unserer Leser betrifft vor allem die politische Tarnung des Profitgeschäftes — siehe auch Briefe letzte Nummer) entgegenstehen. Wir haben hier kein fertiges Rezept, aber doch Vorschläge, wie sie anzupacken wären (siehe Leitartikel KB Nr. 34 und 36). Es mag paradox klingen, aber gerade die geäusserten Einwände sind für diese Bestrebungen in gewissem Sinne eine Ermutigung. Denn um den oft verhüllten Gefahren begegnen zu können, muss sich die Bevölkerung ihrer bewusst sein.

Red. KB

Boykott als Übergang

Sie regen an (KB Nr. 34), was allgemein zu unterstützen ist, eine geistige Offensive an allen Fronten, auch an der geschäftlichen, zu bilden. Es soll nicht ein profitbringender, sondern ein politisch nützlicher Osthandel sein. Diese Theorie, welche ich als Theorie unterstütze, kann aber meiner Ansicht nach erst zur Anwendung gebracht werden, wenn alle Leute im Westen eingesehen haben, dass wir unverzüglich aufhören müssen, dem Osten Waren zu liefern, die er zum Aufbau seiner Industrien verwenden kann. (Dieser Teil-Boykott gehört auch zum Konzept des politisch gelenkten Osthandels. Red. KB.)

Ich bin überzeugt, dass der Westen, wenn er weiterhin nur auf das Geld achtet, mit andern Worten, das Politische und das Wirtschaftliche als getrennte Faktoren betrachtet, sich eine Schlinge legen lässt, aus der er kaum mehr herauskommt.

Somit erachte ich es als unsere beste politische Waffe, wenn wir den Osthandel brüsk einstellen. Wenn einmal Anzeichen dafür da sind, können wir versuchen einen politisch nützlichen Handel aufzuziehen.

H.-K. N. in Netstal

Curriculum der Woche

JOUSSEF BEN KHEDDA

Der neue Regierungschef der Provisorischen Algerischen Regierung, der Ende August den «gemässigten» Ferhat Abbas ablöste, der abgesetzt wurde.

Geboren 1920 in Berrouaghia (Algerien). Trat mit 20 Jahren der illegalen Algerischen Volkspartei bei. Nachdem sie 1946 zu Bewegung «Triumph der demokratischen Freiheiten» umgebildet worden war, wurde Ben Khedda zu ihrem Generalsekretär gewählt.

Im November 1954 wurde er von den französischen Behörden verhaftet, sechs Monate später aber wieder entlassen. Er schloss sich den Partisanen in Kabylia an. Im August 1955 nahm er am Kongress der algerischen Aufständischen in Soumman teil, der den Nationalrat der Algerischen Revolution, das oberste Machtorgan der Nationalen Befreiungsfront (Front Liberateur National = FLN) gründete; er wurde ins Koordinations- und Exekutivkomitee der Front gewählt.

1957 leitete er Aufstandsbewegungen in Algerien und flüchtete dann vor den französischen Truppen nach Marokko. In den folgenden Jahren entfaltete er seine diplomatische Tätigkeit im Dienste des FLN und leitete verschiedentlich Delegationen und Missionen nach Europa und Asien.

1958 erhielt er in der Provisorischen Regierung (GPRA) den Posten eines Ministers für Sozialfürsorge, den er bis zum September 1960 bekleidete. Während und nach dieser Zeit leitete er Delegationen nach Lateinamerika und China.

Militär

SBZ

Immer freiwilliger

Neue Wege, die praktisch einer Wehrpflichteinführung gleichkommen, um den Widerstand der jugendlichen Arbeiter in den Betrieben gegen den «freiwilligen» Eintritt in die «Volksarmee» zu brechen, haben Betriebsparteiorganisationen der SED in Grossbetrieben des Bezirkes Chemnitz beschritten. Nach entsprechender Vorbereitung durch SED-Agitatoren, wurden «Betriebsgesetze» beschlossen, die als Bestandteil der «Betriebskollektivverträge» Rechtskraft haben. Darin ist vorgesehen, dass alle vom Jahrgang her in Frage kommenden Jugendlichen zum «Ehrendienst» einrücken müssen. «Die Jugendlichen, die bis jetzt noch geglaubt haben, dass andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen, werden sich der klassenmässigen Erziehung ihrer Kollegen fügen müssen», heisst es in der Erläuterung des «Betriebsgesetzes», das am Wochenende in der «volkseigenen» Schraubenfabrik Chemnitz beschlossen worden ist.

Aehnliche Betriebsgesetze wurden in den Messgerätewerken Zwönitz, im VEB Hydraulik Rochlitz und im Getriebewerk Penig bereits beschlossen.

Unterdessen geht die Bildung paramilitärischer FDJ-Einheiten weiter. Diese fanatisierte neue Hitlerjugend wird zum Polizeidienst gegen die Bevölkerung eingesetzt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

Bern, 20. September 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Seit einigen Jahren werden in der Sowjetunion die regionalen und gesamtstaatlichen Ausstellungen der neuen Konsumgüter durchgeführt. An diesen Ausstellungen werden die neuesten Haushaltgeräte, Stoffmuster, Kleidermodelle usw. ausgestellt und vorgeführt. Offiziell haben diese Ausstellungen den Zweck, die Vertreter der Handelsorganisationen über die neuen Waren zu orientieren und ihre Auswahl bei den Bestellungen zu erleichtern. Ausserdem dienen diese Ausstellungen und die entsprechenden Reportagen und Berichte der Propaganda, indem dem Konsumenten eine grosse Zahl neuer Warenmuster in Aussicht gestellt wird.

Es zeigt sich aber, dass in vielen Fällen an diesen Ausstellungen nicht die verkäuflichen serienmässig hergestellten Waren, sondern die Versuchsexemplare demonstriert werden, die dann nirgends erhältlich sind. Zahlreiche Anfragen der Besucher dieser Ausstellungen, sowie viele Artikel in der Tagespresse beweisen, dass es sich bei den ausgestellten, oft sehr gut ausgeführten Objekten um Einzelschaustücke handelt, oder um Waren, die nur in sehr beschränkter Zahl produziert werden.

Zwischen den statistischen Angaben über die Produktion von neuen Konsumgütern und ihrer wirklichen Produktion besteht ein krasser Widerspruch. Dieser entsteht daher, dass man sich in den Rechenschaftsberichten und bei allen Erfolgsmeldungen der Zahlen bedient, die die Zahl der neuen Warensorten oder Warentypen betreffen, nicht aber die Warenmenge. Dieser statistisch-propagandistische Trick soll an folgenden Beispielen erörtert werden: Die Seidenstoffindustrie produzierte im Jahre 1960 eine Anzahl neuer Stoffmuster, die 36,8 Prozent der bisher produzierten Stoffsorten entsprach. Diese Zahl wurde auch in den entsprechenden Berichten aufgeführt. Der Konsument, der aber nicht die Sortenprozente, sondern die Stoffmeter kauft, bekam nur 5,6 Prozent neuer Seidenstoffe, bezogen auf die gesamte Stoffproduktion in Metern. Bei den Wollstoffen sind diese Zahlen einsprechend 41 Prozent und 16,2 Prozent und bei den Leinenwaren — 30 Prozent und 3,2 Prozent. An einer Konferenz zur Einführung neuer Konsumwarenmuster hörte man die Frage: «Warum besteht ein solcher Unterschied zwischen den Festanlässen — den Austellungen und den Werktagen — der tatsächlichen Produktion von Konsumgütern? Welche Hindernisse stehen auf dem Weg von der Ausstellung bis zum Ladentisch und bis zum Verbraucher?». Die Zeitung «Ekonomiceskaja gazeta», die über diese Konferenz berichtete, führte viele Beispiele an, wie die neuen Warenmuster, welche einen grossen Erfolg an der Ausstellung hatten, später gar nicht produziert werden, weil die betreffenden Industriebetriebe um ihre Plansollzahlen zu erfüllen, die alten Modelle produzieren und die Umstellung nicht wagen.

Das gleiche Spiel mit dem Zentralisieren und Dezentralisieren, welches in allen Wirtschaftsbelangen der Sowjetunion seit Jahren getrieben wird, wiederholt sich auch auf dem Gebiete der Produktion von neuen Konsumwaren. Auch nach der Umwandlung der Unionskommission für die Herstellung neuer Konsumwaren in eine Reihe von republikanischen Aemtern, wurde es mit der Serienproduktion neuer Konsumwaren nicht besser. Schon hört man Stimmen, die für eine bessere zentrale Planung der Konsumgüterproduktion eintreten.

Das sture Festhalten an der übertriebenen und kleinlichen Planung führt zur Starrheit des gesamten Wirtschaftsapparates, dem das Umstellungsvermögen und die nötige Anpassungskraft fehlen, worunter der Konsument am meisten leidet.

Der Schnappschuss

Eine «sachliche» Information der «Wetscherni Nowini» (Sofia): «... Papst Johannes 23. empfing vor kurzem persönlich zwei Vertreter des Coca-Cola-Konzerns. Dabei wurde vereinbart, dass in Zukunft katholische Missionare unter der Bevölkerung Afrikas und Asiens nicht nur das Christentum predigen, sondern auch Reklame für Coca-Cola machen werden.» Und das Exklusivrecht für Berichterstattung über diesen Beschluss verkaufte der Papst dann anscheinend direkt nach Sofia ...

*

In den beiden in Westberlin gelegenen Ausbesserungswerken der sowjetzonalen «Reichs»bahn Tempelhof und Grunewald erhalten nur noch diejenigen Westberliner Werkangehörigen ihre Lohn- oder Gehaltsbezüge voll in Westmark ausbezahlt, die Mitglied der SED sind. Ebenso werden alle zur Verteilung gelangenden Prämien nur an die SED-Mitglieder in Westmark ausbezahlt. Die übrigen Belegschaftsmitglieder erhalten als Prämie nur Ostmark, obgleich sie Westberliner sind.

*

Ein Zitat aus der bulgarischen Zeitung «Now Schiwot»: «Vor uns liegt der Entwurf des neuen Programms der KPdSU. Er weist darauf hin, dass die friedliche Koexistenz die ideologische Koexistenz ausschliesst, und dass unsere Zeit eine Epoche der erbitterten und entscheidenden Auseinandersetzung zwischen zwei Ideologien, der kommunistischen und der bourgoisen, ist.»

*

«In unserem Lande besteht keine soziale Grundlage für die Kriminalität.» So beginnt A. Kruglow, Staatsanwalt der RSFSR, einen langen Artikel in der «Sowjetskaja Rossija», der in seiner ganzen Länge der wachsenden Kriminalität gewidmet ist. — In Moskau ist wiederum ein Todesurteil gegen einen «Spekulanten» verhängt worden, der sich auf Kosten der Gesellschaft bereichert hatte (er stahl im Februar zwei Behälter mit Wollgeweben). Die verschärfte Strafpraxis gegen «Spekulanten», «Parasiten» und «Schädlinge der Gesellschaft» setzt sich allmählich im ganzen Unionsgebiet durch.

Panikeinkäufe im ganzen Ostblock

Trotz der paradiesischen Versprechungen des neuen sowjetischen Parteiprogramms hat die Bevölkerung des gesamten Ostblocks auf die neuen internationalen Spannungen mit Angst-Einkäufen reagiert, die von der KP heftig bekämpft werden. Gehamstert wird vor allem — trotz Strafandrohungen — in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, dann auch in der CSSR und in Polen. Dass die Auswirkungen selbst in der Sowjetunion durchaus zu bemerken sind, zeigt die satirische Kritik der Presse an den «Gerüchtemachern und Klatschtanten», die sich über den momentanen Bedarf an Mehl und Salz eindecken. «Schon stehen lange Schlangen vor den Geschäften», berichtet etwa die lettische Presse, «um Mehl und Salz und Brennmaterial einzukaufen. Von einem Ende (der Schlange) zum andern werden Gerüchte durchgegeben, eines dümmer als das andere.» Das Vertrauen in «die Massnahmen zum Schutze des Friedens» ist offenbar doch nicht so einmütig, wie es die offizielle Darstellung (die man durch eine Flut von «spontanen» Leserbriefen zu untermauern für nötig hält) haben will.

Geschichte wie üblich

«Ersatznapoleon aus Bonn» betitelt die «Prawda Ukraini» ihre Karikatur über Adenauer, der sich, revanche-schreiend, als Vorbereiter eines neuen Russlandfeldzuges ausspielt. Als Sinnbild seiner beiden Vorgänger trägt er den Napoleonshut mit dem Hakenkreuz. Nur bei den Portraits im Hintergrund, die an die missglückten Unternehmungen gegen den Osten erinnern sollen, ist der Kiewer Zeitung der Irrtum unterlaufen, den napoleonischen Einmarsch nach Russland um ein Jahrhundert zurückzuverlegen. Das sowjetische Prinzip der Geschichtsbehandlung erfährt somit eine kleine Variation: Es gibt auch unfreiwillige Geschichtsfälschungen.

Das Thema des «Bonner Napoleons» ist übrigens in letzter Zeit neben dem Klischee des faschistischen Revanchisten einige Male aufgetaucht. Interessant ist dabei, dass an einen Patriotismus appelliert wird, der mit den Errungenschaften der sozialistischen Sowjetunion nichts zu tun hat, sondern durchaus noch in der Zeit der Zarenherrschaft wurzelt. Es sei daran erinnert, dass für weite russische Bevölkerungsteile Napoleon so etwas wie das Sinnbild des Antichristen darstellte. Wenn es also gegen den Westen geht, sind alle Gefühle gut genug, sogar der vom Feudalismus geprägte Aberglaube.